

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 23: **w e w**

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenschau

Warum zögern die Russen?

Wir nähern uns mit beängstigender Raschheit der Ernte, und nach der Ernte sind die Tage da, die entscheiden, ob Deutschland mit einem „Blitzkrieg“ das europäische Morden eröffnen und die Probleme zu lösen versuchen wird, die England nicht durch Verzicht aus der Welt schaffen will. Bis im Juli spätestens müßte man wissen, auf welcher Seite die Russen stehen werden. Einzig diese Gewißheit, so scheint es, könnte der deutschen Generalität die Ausichtslosigkeit selbst eines guten anfänglich nach vorwärts zeigen. Warum aber zögern die Russen? Warum gehen die Verhandlungen so langsam vorwärts?

Die offiziellen Lesungen der britischen und französischen Zeitungen versuchen jeden Verdacht den Russen gegenüber. Molotows Rede und die Antwortnote der Moskauer Regierung auf die neuen britisch-französischen Vorschläge seien ein guter Schritt nach vorwärts. Im Grunde habe Moskau angenommen. Es handle sich nur noch um Differenzen untergeordneter Art. Zur Hauptsache sei man einig, und sogar ohne Vertrag stünde heute fest, daß die drei Großmächte miteinander marschieren würden.

Der eigentliche Grund der Weiterschleppung, so wird erklärt, sei bei den baltischen Staaten zu suchen. Lettland, Estland und mit gleicher Entschiedenheit auch Finnland bestehen auf ihrer Neutralität. Sie wünschen, wie sie heute selbst zum ersten Mal deutlich erklären, eine Garantie dieser Neutralität, ähnlich wie sie Belgien von seinen Nachbarn erhalten, und wie wir in der Schweiz sie besitzen. Sie wollen indessen nicht auf eine solche Garantierung warten. Lettland betont seine Bereitschaft, mit den Waffen jeden eindringenden Gegner aufzuhalten. Die andern sind derselben Ansicht. Ob sie aber, falls sie z. B. von den Deutschen angegriffen würden, russische Hilfe verlangen sollen, das eben wollen sie nicht zum Voraus festlegen. Falls ein Zurückschlagen der Deutschen nicht gelänge . . . sie wollen sich die Hände frei halten, wollen allenfalls mit den Deutschen paktieren können, wollen nicht auch noch die Russen zwangsläufig ins Land ziehen und dabei riskieren, daß sie nicht mehr abmarschieren. Schließlich leben die lettischen und übrigen baltischen Väter noch, die vor 1918 russische Untertanen waren!

Wenn nun den Russen absolut daran gelegen wäre, mit den Westmächten rasch ins Einvernehmen zu kommen, würden sie leicht eine Formel finden, die das Baltikum vor deutschen Zugriffen schützen, dabei aber die drei Kleinstaaten nebst Litauen in ihrer Unabhängigkeit unverfehrt lassen würde. Anscheinend hat man in Riga und Tallin, in Kaunas und Helsinki das Gefühl, die Russen möchten ihre ehemaligen Westprovinzen wieder unter Vormundschaft kriegen. Das Bündnis mit England sei so eine Art Schleichweg zu dieser Vormundschaft. Die „Garantierung“ der vier Kleinen soll so weit gehen, daß man ihnen automatisch, nicht erst auf ihr Begehren hin, zu Hilfe käme. Sie hätten sich, indem sie dem Sicherheitssystem beiträten, zum vornherein zu verpflichten, im Falle eines deutschen Angriffes sofort die russisch-britische Hilfe anzufordern. Eine solche Verpflichtung ginge gegen die Entschlußfreiheit souveräner Staaten.

Angesichts dieser ziemlich klaren Sachlage drängt sich die unheimliche Frage auf, was die Russen mit so weitgehenden Forderungen beabsichtigen. Man überlege sich: Verhandlungen lassen sich sabotieren durch komplizierende Bedingungen. Die Zeit schreitet fort. Man macht nicht selbst Schwierigkeiten . . . Dritte machen sie. Man setzt sich also keinem Verdacht aus und kann unterdessen seine geheimen Ziele verfolgen, ohne daß ein

Sterbenswörtchen darüber gesagt wird oder in die Presse gelangt. Dabei zerschlagen sich die Pläne nicht; im Gegenteil, es wird ununterbrochen gearbeitet, um die schwierigen Dritten zu gewinnen, damit sich endlich die Großen finden. In unserem Falle wäre der beste und zugleich böseste Witz der Weltgeschichte, falls die baltischen Staaten mit England einig würden, die Russen aber nachher doch vom Bündnis zurückträten.

In einem Witzblatt stellte jüngst einer die Scherzfrage, warum eigentlich die Russen sich so gegen einen Vertrag sträubten? Ob sie am Ende dem Antikominternpakt beizutreten wünschten? Der Witz ist gut . . . aber es sind schon allerlei solche Witze wahr geworden. Die Verhandlungen zwischen den konservativen britischen Lords und den Sowjets sind im Grunde nicht weniger grotesk, als es geheime Beziehungen zwischen Reichswehr und Stalin wären.

Als Molotow in seiner Rede von den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Rußland und Deutschland sprach, Verhandlungen, die nur unterbrochen seien, aber jederzeit wieder aufgenommen werden könnten, tat die Presse der Westmächte, als verstehe sie diesen sonderbaren Passus gar nicht. Dabei müßten die Engländer, schon weil sie sich selbst kennen, ahnen, wie naheliegend solche Extratouren auch für die Russen sein könnten. Wenn man zudem weiß, daß noch heute gewisse Kreise in Deutschland felsenfest davon überzeugt sind, die Russen würden mit dem Reiche marschieren, und wenn man sich überlegt, wie sich ein solches Zusammengehen nach der polnischen Abwendung von Deutschland geradezu aufdrängt, dann klingt ein solcher Passus in der Molotow-Rede merkwürdig.

Schließlich hat Hitler einen Schritt zur Ausöhnung Rußlands getan, der nicht so gebührend beachtet wurde, wie es sich gehört: Als er den Ungarn die Karpatho-Ukraine opferte, ließ er die Eroberungspläne gegen die polnische und russische Ukraine fallen! Es wurde behauptet, dieser Verzicht sei zunächst ein Liebesdienst gegenüber den Polen gewesen. Aber viel größer als die polnische ist die russische Ukraine, und darum muß auch die versöhnliche Verbeugung gegenüber den Russen als der eigentliche Sinn jenes Verzichtes aufgefaßt werden.

Es ist nicht auszudenken, welche Verwirrung in den demokratischen Staaten ausbräche, falls die Russen plötzlich eine Uebereinkunft mit dem Reiche und einen Verzicht auf jede Aktion gegen Hitler verkünden würden! Hoffentlich sind solche Kombinationen geborner Pessimisten nur . . . Kombinationen, selbst wenn man annimmt, in spätern Jahren, nach Hitler, werde die Reichswehr den Gang nach dem Osten doch versuchen!

Schwebezustand in China.

Die Japaner kommen in China nicht mehr vorwärts. Auf allen Fronten werden sie aufgehalten. Die Chinesen sind freilich noch zu schwach, um den Wagen völlig herumzuwerfen und die eingedrungenen Armeen zu vernichten. Möglich, daß sie dazu einen Sommer und einen weitem Winter brauchen. Aber schon sind zwei wertvolle Monate vergangen, ohne daß es ihnen gelungen wäre, irgendeinen Schlag zu führen, der den Siegen im vergangenen Jahr gleichkäme.

Seit dem letzten Herbst zieht sich eine der Hauptfronten südlich von Hankau zwischen dem Tuntzing-See im Westen über Nantschang im Osten bis in die Berge südlich des Yangtseknies. Vor zwei Monaten griffen die Chinesen an und warfen vor allem an den Flügeln die Japaner zurück. Vor

zwei Wochen versuchten die Japaner mit einer Gegenoffensive das verlorne Gebiet wieder zu nehmen und das alte Ziel, Tschangsch an der Südstraße nach Kanton, zu erreichen. Wie es scheint, blieben sie beinahe in ihren Ausgangsstellungen stecken. Bis sie wieder zu einem Angriff ansetzen können, vergehen viele Wochen; die Nachschublinien bedeuten eine fast unüberwindliche Belastung. Denn im Grunde geht alles über den Yangtse, und die Freischärler dehnen heute ihre Aktionen auch auf die Wasserwege aus. Und das kann schlimm werden.

Zumal auch eine andere wichtige Front, am Hanfluß westlich Hankau, über dieselben Zufahrtslinien versorgt werden muß. Ein Vorstoß über den Han ist genau so mißglückt wie die Offensive gegen Tschangsch. Es kommen dazu Mißerfolge im westlichen Schansi, die Aktionsunfähigkeit der zernierten Divisionen in Kanton, die Tätigkeit der Freikorps an sämtlichen Bahnlinien und . . . die Zermürbung einzelner Armeeteile. Daß die Chinesen nicht zermürt, daß sie im Gegenteil immer wütender aufgestachelt werden, dafür sorgen die gesteigerten Fliegerüberfälle der Eroberer gegen immer neue Städte Innerchinas. Tschungking, die provisorische Hauptstadt, hat furchtbar gelitten, die Einwohnerzahl aber hält durch.

Um von den Schwierigkeiten der Eroberungsarmee abzulenken, haufen die japanischen Nachrichtstellen Grenzgeplänkel an der mongolisch-mandschurischen und der Grenze bei Wladiwostok zu regelrechten Schlachten und großen japanischen Siegen auf. Es scheint, daß im Reiche der aufgehenden Sonne kritische Tage nahen, und daß die Kriegspartei sich zu letzten Anstrengungen aufraffe, ehe sie das eigene große Harikiri auf sich nimmt.

Abstimmungs-kommentar.

Der Kampf des 4. Juni liegt hinter uns, und wir können heute dreierlei feststellen:

1. Wenn es sich nur um die Verstärkung der Landesverteidigung gehandelt hätte, würde der Bundesrat mit einer weit größeren Stimmenzahl gesiegt haben. Und zwar selbst dann, wenn er eine noch größere Millionenhundert-Zahl verlangt haben würde.

2. Wenn nur die Arbeitsbeschaffung vor den Stimmbürgern gelegen hätte, würde der Sieg des Bundesrates schwer in Frage gestanden sein. Einmütig hätte nur die Linke mit Ja gestimmt. Ueberall sonst würden sich Bedenken gezeigt haben. Bald solche, die der Sorge um die freie Wirtschaft entspringen, bald solche, die eine weitere und schließlich nicht mehr tragbare Verschuldung der Eidgenossenschaft kommen sehen.

3. Wenn das Volk nur über die „Ausgleichsteuer“ entschied, war eine Niederlage des Bundesrates ziemlich sicher. Denn obgleich man sich sagt, eine Belastung der „Wirtschaftsmammute“, die den Kleinen erdrücken, sei notwendig . . . die Propagandakraft eben dieser Mächtigen in der Wirtschaft hätte sich durchgehauen . . . davon dürfen wir überzeugt sein.

Dank der Zusammenkoppelung der drei Elementesind alle drei angenommen. Je nachdem in den einzelnen Landesteilen die eine oder andere Seite der Dreieit wichtiger genommen wurde, fiel auch das regionale Resultat aus. Die Nordostschweiz und der Tessin sind jene Gegenden, die unter einem militärischen Angriff zunächst und am meisten zu leiden hätten. Sie haben denn auch vor allem eines: Die verstärkte Verteidigung. Nur jeder 8. stimmende Tessiner sagte Nein . . . Im übrigen blieben ihrer so viele zu Hause, wie selten. Es scheint, daß sie eine Verwerfung direkt für undenkbar hielten. Bei den Zürchern, die außer der Landesverteidigung auch die Arbeitsbeschaffung schätzen, standen die Zahlen wie 4:1, und ähnlich in allen nördlichen und östlichen Grenzbezirken.

Sehr schön haben auch die innern Kantone ange-

nommen. Der Urschweizer fühlt sich zwar auch heute noch irgendwie der eigenen Fäuste sicher und überschätzt die eidgenössische Gesamtsicherheit nicht. Aber er kriegt neue Straßen, und das zählt mit. Bern wies mehr Reinstimmer auf als der Nordosten. Von Bern westwärts aber wurde das Wetter schlechter. Schon Freiburg verwarf beinahe. Waadt, Neuenburg und Genf taten es deutlich, die Walliser liefen beinahe mit. Auffallen müssen vor allem die 48,000 Reinsager des Waadtlandes gegen nur 30,000 Bejahende. Die „antietatistische“ Stimmung, die vor allem St. Bürokratius fett werden sieht und sich schon unter der Fuchtel des planwirtschaftlichen Staatssozialismus wäht, schickte „Ausgleichsteuer“ und „Arbeitsbeschaffung“ als aus der gleichen Teufelsküche stammend bachab. Sie wollten nicht die Wehrmacht sabotieren, beileibe nicht! Sie haben aus gut patriotischen Motiven gehandelt . . . Bundespräsident Etter hat in der Bundesratsitzung, als das Abstimmungsergebnis entgegengenommen wurde, den Reinsager ihren Patriotismus bescheinigt. Sie hätten aus ideellen Gründen Nein gestimmt. Und er ließ sie wissen, der Bund beabsichtige nicht etwa, mit seinen geplanten Arbeiten einfach „Leute zu beschäftigen“ . . . er sei also nicht zu solchen Grundfragen übergegangen. Jene Arbeiten aber seien unumgänglich, darum seien sie beschlossen worden. Die Opposition hat sich sofort auf diesen Kommentar unseres höchsten Landesvaters gestürzt. Sie ist der Meinung, die „Unumgänglichkeit“ der großen Arbeiten sei auch dann gegeben, wenn keine äußere Landesgefahr, wenn nur eine innere, nämlich die Massenarbeitslosigkeit, drohe!

Und so sehen wir, kaum daß ein eidgenössisches Werk über alle Zwiespälte hinüber gerettet, (wir wollen zugeben, mit allen Listen gerettet) wurde, die grundsätzlichen Auffassungen sich wieder gegeneinander richten. Aber wir müssen verstehen: Im Herbst sind Nationalratswahlen! Und da muß man schon fein „Befonderes“ wieder hervorholen und dem Wähler beizeiten in Erinnerung rufen.

Ein Zeitungsverbot.

Eine schweizerische Zeitung ist verboten worden: Die „SZ“ am Sonntag. Ueber die Opportunität des Verbotes sind natürlich die Eidgenossen wieder kraß verschiedener Meinung. Links sagt man, das Verbot bedeute einen bösen Anfang. Die „SZ“ sei den Reklamationen der fascistischen Regierungen zum Opfer gefallen. Das Nachgeben der konsultativen Pressekommission werde die Reklamanten ermutigen, gegen weitere betont antifascistische Zeitungen vorzugehen und eine schärfere Zügelung, wenn nicht Knebelung der ganzen Linkspresse zu erstreben. Rechts ist man der Ansicht, es drohe keine solche Gefahr. Die „SZ“ habe den Bogen überspannt. Sie habe sich den totalen Kampf gegen Hitler und den Duce und ihre beiden Systeme als Programm gesetzt. Der Schweizerboden sei nicht dazu da, einen solchen grundsätzlichen Kampf zu führen. Wir hätten lediglich unsere eigenen Belange zu verfechten und auf Systeme, die wir sowieso ablehnen, nur so weit einzugehen, als sie unsere Grenzen zu überschreiten und uns selbst direkt zu bedrohen versuchten.

Direkten Anlaß zum Verbot hat ein Artikel der „SZ“ gegeben, der Italien als deutsche Provinz und Mussolini als „Gauleiter“ darstellte. Das „Protectorat Italien“ hat natürlich die Italiener geärgert . . . vielleicht auch die Deutschen, die versuchen müssen, dem Argwohn gewisser Kreise Italiens selbst dort entgegenzutreten, wo er kaum einen Italiener anzustechen vermöchte, in einer schweizerischen Zeitung. Das wird nun auf jeden Fall drei Monate lang unterbleiben.

Wir sind der Ansicht, man könne die Demokratie besser als durch direkten Angriff auf die Diktaturen verteidigen: Durch Unterstützung jeder echt demokratischen Idee und Bewegung im Innern. Und es solle sich jede Zeitung angelegen sein lassen, der konsultativen Pressekommission keine Arbeit zu verschaffen.